

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 15.05.2023

inklusive eingefügter Änderungen in Einleitung und Kapitel 4 aus Anträgen des FRS (im Fließtext fett) sowie der im Rahmen des Konsensverfahrens überarbeiteten Kapitel 2 und 3

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	4
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich	6
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wie erreichen wir das?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	9
2.1. Was ist das Problem?.....	9
2.2. Was will Attac?.....	11
2.3. Wie erreichen wir das?.....	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken.....	12
3.1. Was ist das Problem?.....	12
3.2. Was will Attac?.....	12
3.3. Wie erreichen wir das?.....	13
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	13
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden	13
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	13
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	14
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern.....	14
4. Krieg und Militarisierung.....	14
4.1. Was ist das Problem?.....	14
4.2. Was will Attac?.....	15
4.3. Wie erreichen wir das?.....	15
Zivile Konfliktlösung.....	15

Globalisierung entmilitarisieren	15
Globale Abrüstung.....	16
5. Soziale Sicherheit für alle.....	16
5.1. Was ist das Problem?.....	16
5.2. Was will Attac?.....	17
5.3. Wie erreichen wir es?.....	17
Solidarische Bürgerversicherung.....	17
Soziale Grundsicherung.....	17
Solidarische Städte.....	18
6. Flucht/Migration.....	18
6.1. Was ist das Problem?.....	18
6.1. Was will Attac?.....	19
6.3. Wie erreichen wir das?.....	19
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	19
7.1. Was ist das Problem?.....	19
7.2. Was will Attac?.....	20
7.3. Wie erreichen wir das?.....	20
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	20
Anders wirtschaften und konsumieren.....	20
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	20
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	21
8. Demokratie.....	21
8.1. Was ist das Problem?.....	21
8.2. Was will Attac?.....	22
8.3. Wie erreichen wir das?.....	22
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	23
9.1. Was ist das Problem?.....	23
9.2. Was will Attac?.....	23
9.3. Wie erreichen wir das?.....	24
Epilog.....	24
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	24

7 Prolog

8 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
9 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
10 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
11 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten
12 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
13 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
14 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
15 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

16 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung
17 der Welt billigend in Kauf nimmt.

18 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der
19 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
20 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer
21 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und
22 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und
23 vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts-
24 und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

26 **Globalisierung heute**

27 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
 28 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
 29 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
 30 Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und
 31 Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu
 32 ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich
 33 das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

34 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer immer
 35 schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare
 36 Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der
 37 Ungleichheit der Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich
 38 dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die
 39 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die
 40 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde
 41 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die
 42 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

43 **Alles wird zur Ware**

44 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
 45 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
 46 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre
 47 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen
 48 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem
 49 ureigensten Anliegen: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche
 50 Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und, z.B. mittels Freihandelsabkommen, offene
 51 Märkte hergestellt.

52 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
 53 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
 54 besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen nicht nur
 55 Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die
 56 Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie
 57 ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu
 58 beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die
 59 Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre
 60 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

61 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
 62 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
 63 **nur kleine** Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
 64 Leistungskürzungen des Staates bedeuten z.B., dass für viele Betreuungs- und
 65 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden müssen. Nur Reiche
 66 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
 67 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge

68 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass **weiblich**
69 **gelesene Personen** durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

70 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt diktiert der Politik ihr
71 Handeln – in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die zentralen
72 gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde
73 soll einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben:
74 Die ganze Welt soll zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von
75 Sextourismus, Frauenhandel und Leihmutterchaft.

76 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn*** 77 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

78 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
79 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen
80 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen
81 Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und
82 Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den meisten
83 Staaten des Globalen Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem Internationalen
84 Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (World Trade
85 Organisation), die z.B. die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale **Handels- und**
86 **Investitionsschutzabkommen**. Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt
87 und Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und
88 Umweltauflagen in Asien und anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen
89 dabei nachgefolgt. Die Länder des Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als
90 Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

91 Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen
92 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber
93 auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die
94 Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. Die
95 EU, Russland, Indien und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen, **einen möglichst großen**
96 **Teil des Kuchens für sich zu sichern**.

97 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre
98 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
99 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei
100 handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im
101 System globaler Kapitalismus.

102 Den Ländern des Globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen
103 Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen
104 **dieser** Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde,
105 während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen
106 Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und
107 Migration gezwungen sind.

108 ***Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu***
109 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
110 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
111 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale **Lüge** herausgestellt.

112 Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche
113 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine
114 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
115 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele
116 sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als
117 Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA*s gehen die
118 gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.

119 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
120 Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
121 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den
122 Steuerzahler*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, **zu**
123 **Finanzunternehmen** und ihren superreichen Nutznießer*innen betrieben.

124 ***Die Gewalt der Globalisierung***

125 Gerade für die Länder des Globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den
126 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie
127 regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen
128 vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes
129 etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

130 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
131 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der Staaten des Globalen Südens geprägt von
132 Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung
133 ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin verwickelte transnationale
134 Konzerne. In **vielen** Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird
135 verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sind
136 an der Tagesordnung.

137 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
138 hier in den Ländern des Globalen Nordens bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser
139 Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist das Werk der
140 neoliberalen Globalisierung.

141 Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die
142 Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen.
143 Extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt sind Femizide, **also die Ermordung von weiblich**
144 **gelesenen Personen.**

145 Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird
146 wieder denkbar.

147 ***Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten***
148 **Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Gewalt gegen die Natur und**
149 **den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Der Welt wird immer mehr**
150 **eine Warenförmigkeit aufgezwungen. Dadurch wird die Ausbeutung der Natur**
151 **scheinbar legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.**

152 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
153 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
154 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des

155 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
156 der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

157 Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem
158 droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben
159 kann.

160 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

161 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
162 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur,
163 von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
164 und Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
165 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit
166 diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form
167 staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

168 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
169 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie **weiter** an Glaubwürdigkeit verloren. Von der
170 Klimabewegung und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt
171 inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler
172 Marktradikalismus eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die
173 neoliberale Politik nicht nur die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den
174 demokratischen Handlungsspielraum nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten
175 von ökonomischen Interessen abgebaut, zum Beispiel **durch Freihandelsabkommen**.
176 Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung
177 gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle
178 Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist
179 gut, wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung **und solidarischen Lösungen**
180 verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach autoritären **und rassistischen**
181 Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise,
182 um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

183 **Abkehr vom Neoliberalismus?**

184 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
185 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
186 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
187 sich hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale Proteste einzuhegen.

188 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung **aber** in
189 erster Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den
190 Ländern des Globalen Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
191 Privatisierungen werden forciert und sogenannte „moderne“ Freihandelsverträge abgeschlossen, die
192 demokratische Kontrollmechanismen **aushebeln**. Staatlich gefördertes grünes Wachstum und
193 marktkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
194 Klimakrise propagiert, obwohl längst **klar sein sollte**, dass der profitorientierten Globalisierung
195 planetare Grenzen gesetzt sind, die eine weiteres globales Wachstum untragbar machen.

196 **Eine andere Globalisierung ist möglich**

197 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
198 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
199 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
200 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

201 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
202 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
203 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
204 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

205 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten
206 Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale
207 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.
208 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum
209 für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

210 **Themenfelder**

211 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino** 212 **schließen!**

213 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
214 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales
215 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

216 **1.1. Was ist das Problem?**

217 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
218 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
219 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
220 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
221 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung
222 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von
223 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen
224 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue Finanzanlagen. Währungen,
225 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds
226 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:
227 Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der
228 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von
229 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den
230 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

231 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen
232 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen
233 Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei,
234 unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in
235 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und
236 Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von
237 „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie

238 Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch
239 staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind
240 in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik
241 unterwerfen wollen.

242 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
243 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
244 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
245 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

246 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
247 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
248 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
249 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
250 der Wirtschaft.

251 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
252 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
253 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.

254 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
255 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
256 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten
257 fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land,
258 Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die
259 Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der
260 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

261 **1.2. Was will Attac?**

262 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
263 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als
264 Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung
265 zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite
266 machen wollen und Krisen produzieren.

267 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
268 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

269 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
270 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen
271 nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
272 Gläubiger*innen fallen.

273 **1.3. Wie erreichen wir das?**

274 ***Finanzmärkte regulieren***

275 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
276 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
277 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
278 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
279 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem

280 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
281 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
282 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
283 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens
284 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
285 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
286 Nationen umzusetzen.

287 **Kredite für soziale und ökologische Projekte**

288 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
289 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
290 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

291 **Schulden streichen**

292 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und
293 Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI -
294 haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales,
295 transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist
296 darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht
297 nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im
298 aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck
299 aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

300 **International handeln**

301 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
302 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen
303 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
304 internationalen Handelns.

305 **2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal**

306 Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und
307 Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen
308 niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die
309 Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und
310 Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische
311 Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden Ländern des globalen
312 Südens hat sich – mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der
313 neoliberalen Globalisierung sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher
314 Ebene ein neoliberales Regelwerk etablieren.

315 **2.1. Was ist das Problem?**

316 Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
317 von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
318 Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

319 Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994
320 gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
321 global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für

322 die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
323 GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
324 Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
325 Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

326 Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
327 schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
328 Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
329 von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche
330 Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
331 dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
332 werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit
333 Dienstleistungen darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im
334 Interesse des Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-
335 Abkommen wiederum sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es z.B. Patente auf
336 Medikamente 20 Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
337 notwendigen Medikamenten versorgt werden.

338 Ein machtvolles Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
339 zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung
340 ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz
341 stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil können Nachhaltigkeitsziele ganz im
342 Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

343 Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
344 deren multilateralen Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

345 Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit über die
346 Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die
347 Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
348 ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

349 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente, die
350 die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit einschränken,
351 hinzu:

352 - So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („Gemischte Ausschüsse“/Joint Committees
353 mit diversen Sonderausschüssen) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von
354 technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen
355 ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung
356 des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
357 EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre
358 Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur
359 Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

360 - Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
361 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
362 Gaststaaten unter Umgehen von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
363 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
364 Regulierungen beeinträchtigt sehen. (Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
365 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.)

366 - Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie, ÖPNV gehen
367 in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
368 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
369 klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler
370 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

371 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
372 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur
373 Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit
374 klimaschädlichen Produkten wie fossile Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt
375 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

376 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus. Auch
377 „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende zählt
378 dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position von
379 Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung behindert
380 und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte einhergeht.

381 **2.2. Was will Attac?**

382 Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte,
383 ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler
384 Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von
385 Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer
386 sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung
387 der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein.

388 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die
389 Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele
390 (Sustainable Development Goals, SDGs) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben
391 der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst
392 werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu
393 beschließen.

394 - Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken
395 und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen
396 werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.
397 Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen
398 abgeschafft werden.

399 - Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen ist zurückzufahren.
400 Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken.

401 **2.3. Wie erreichen wir das?**

402 - Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
403 mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

404 - Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
405 Unternehmen (Binding Treaty) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
406 Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

407 - Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu
408 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

409 **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken**

410 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
411 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
412 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
413 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

414 **3.1. Was ist das Problem?**

415 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
416 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
417 teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
418 Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches
419 Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten Public-Private-Partnerships geht
420 die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen langfristige wirtschaftliche Beziehungen mit
421 Privatunternehmen ein, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann in Form der
422 Beteiligung von privaten Unternehmen an öffentlichen Unternehmen sein, in Form von
423 langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentlichen Gebäude oder Infrastruktur errichten und
424 diese an staatliche Einrichtungen „vermieten“ oder in Form von einer kompletten Übertragung
425 öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber vor
426 allem deshalb problematisch, weil sie Privaten langfristige Profite bei der Erstellung von
427 öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der Bürger*innen garantieren.

428 Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
429 manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
430 kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

431 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
432 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
433 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen, Banken sowie Pensions- und
434 Staatfonds zu schaffen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren.

435 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
436 billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
437 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
438 Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
439 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
440 private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

441 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
442 Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren Privatisierungen
443 rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch Sonderklagerechte
444 für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern Vergesellschaftungen.

445 **3.2. Was will Attac?**

446 Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören mindestens
447 Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des
448 Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für

449 alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass
450 notwendige Leistung vorenthalten oder schlecht erbracht werden oder die Infrastruktur nicht
451 hinreichend instandgehalten wird.

452 Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein wesentliches Element bei der
453 sozial-ökologischen Transformation sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabei stärker als in der
454 Vergangenheit demokratisch gestaltet sein. Es reicht nicht aus, wenn politische
455 Mandatsträger*innen in Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig
456 sind, also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen, Umwelt- und
457 Sozialverbände bei den Stadtwerken und Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso
458 mitentscheiden können wie die Beschäftigten. Dafür müssen - an die jeweiligen Betriebszwecke
459 angepasste - Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die
460 strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere
461 übergehen kann. Die Unternehmen sollten nicht privatrechtlich organisiert sein, sondern in
462 öffentlich-rechtlicher Form, beispielsweise als Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr
463 gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft vor
464 Privatisierung geschützt sein.

465 **3.3. Wie erreichen wir das?**

466 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 467 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

468 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
469 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung,
470 verhindert oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden sogar Stadtwerke
471 rekommunalisiert und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine
472 erfreuliche Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen
473 müssen demokratisiert und an sozialen und ökologischen Prinzipien ausgerichtet geführt werden.

474 ***Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden***

475 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durch Fallpauschalen, Zuzahlungen und die
476 Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig gemacht werden. Art und Umfang einer
477 medizinischen Behandlung darf sich ausschließlich am Bedarf orientieren und nicht an Kosten oder
478 Profitmöglichkeiten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert
479 werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, privatisierte
480 Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

481 ***Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten***

482 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
483 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
484 muss Bildung - im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut ausgestattet -
485 allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

486 ***Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren***

487 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
488 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine
489 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
490 nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
491 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-

492 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
493 Entscheidungen beteiligt werden.

494 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**

495 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
496 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute Dienstleistungen erbringen zu
497 können.

498 **Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen 499 erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern**

500 Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen
501 Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU
502 müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die
503 Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die
504 Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das
505 Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der
506 überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das
507 Gesundheitswesen organisiert werden.

508 **4. Krieg und Militarisierung**

509 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
510 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
511 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
512 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
513 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

514 **4.1. Was ist das Problem?**

515 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
516 Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
517 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
518 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte
519 von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen
520 und werden ausgegrenzt. **[Viele Menschen sind durch den Krieg entsetzt und möchten für ein
521 schnelles Ende]** Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden in der **Öffentlichkeit** meist wenig
522 Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. **Ist Krieg präsent, wird er normalisiert.**
523 **Vergangene Kriege werden schnell verdrängt wie in Afghanistan, Jugoslawien oder
524 Irak.** Die lange Fortdauer über Jahre, die Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät
525 aus dem Blick. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe
526 Deutschlands rücken lassen.

527 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele
528 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens
529 häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale
530 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die
531 weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu
532 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und
533 selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung
534 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie

535 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und
536 im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

537 War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege
538 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss
539 ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen
540 und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflussphären
541 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte
542 führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung
543 verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein
544 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

545 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das
546 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei
547 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,
548 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Militär
549 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
550 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
551 **auch** zur Lösung der Klimakrise nötig.

552 **4.2. Was will Attac?**

553 Attac setzt sich ein **für friedliche, demokratische, multilaterale Weltordnung und zivile**
554 **Konfliktlösung ein.** Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen, sondern auch die
555 Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und Machtinteressen wird
556 auch mit Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt ausgetragen. Doch eine Welt
557 **jenseits von Aufrüstung und Krieg ist möglich!**

558 **Sicherheit muss neu gedacht werden: Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten**
559 **genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakri- se, und um ein gutes Leben für alle zu verwirklichen. Statt**
560 **Rüs- tung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für alle, und vielfältige Kunst und Kultur.**

561

562 **4.3. Wie erreichen wir das?**

563 **Zivile Konfliktlösung**

564 Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv
565 Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei
566 Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen
567 Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist
568 Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. **Kriegsbündnisse wie die**
569 **NATO sollten aufgelöst werden.** Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und
570 stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

571 **Globalisierung entmilitarisieren**

572 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird
573 militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die
574 Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der
575 neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die
576 ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und
577 Terrorismus bei.

578 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die
579 Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in
580 Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan, **Saudi-Arabien** oder in
581 Mexiko. Unser Protest gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch –
582 **nationalistische** Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab. Die Beteiligung an Kriegen und
583 militärischer Gewalt legen wir offen und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf
584 Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

585 **Globale Abrüstung**

586 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
587 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
588 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den
589 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den
590 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen
591 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.
592 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.
593 Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

594 **5. Soziale Sicherheit für alle**

595 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen
596 und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine
597 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des
598 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen
599 Sicherungssysteme.

600 **5.1. Was ist das Problem?**

601 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
602 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
603 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
604 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, *die immer größer wird.*

605 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
606 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
607 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch Einkommen aus
608 den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und
609 teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der
610 Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der
611 Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
612 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

613 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber
614 -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen
615 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so auch im Zuge der neoliberalen
616 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die
617 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die
618 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen
619 Unternehmen international gestärkt werden.

620 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten
621 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange,
622 meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt.
623 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen.
624 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem
625 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege
626 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht
627 bezahlt.

628 **5.2. Was will Attac?**

629 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
630 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
631 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
632 Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und
633 wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle
634 Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal
635 welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und
636 Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert
637 und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

638 **5.3. Wie erreichen wir es?**

639 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
640 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften höher besteuert und Menschen, die
641 über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die
642 sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme
643 schlägt Attac konkret vor:

644 ***Solidarische Bürgerversicherung***

645 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
646 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
647 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
648 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
649 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

650 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
651 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
652 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

653 ***Soziale Grundsicherung***

654 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
655 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
656 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

657 ***Radikale Arbeitsumverteilung***

658 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
659 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
660 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
661 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
662 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

663 **Solidarische Städte**

664 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
665 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
666 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
667 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

668 **6. Flucht/Migration**

669 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
670 völkerrechtlich geschütztes Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

671 **6.1. Was ist das Problem?**

672 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
673 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
674 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
675 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
676 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft,
677 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
678 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei
679 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
680 Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier
681 wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen
682 politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen
683 Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden
684 von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von
685 rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft
686 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
687 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
688 ausgleichen.

689 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
690 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
691 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
692 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

693 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
694 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in
695 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
696 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und
697 Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit
698 erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum
699 Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende
700 Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und
701 Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte
702 ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

703 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
704 des Klimawandels, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
705 Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden vielfach ausgeblendet, die auf der

706 Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den
707 Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben
708 wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden
709 zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken
710 manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und
711 Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres
712 Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den
713 Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften
714 auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden
715 aus.

716 **6.1. Was will Attac?**

717 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
718 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
719 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
720 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
721 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
722 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.

723 **6.3. Wie erreichen wir das?**

724 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
725 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
726 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
727 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
728 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein
729 Waffenexportstopp, die Änderung des Asylrechts und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe
730 wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in.

731 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

732 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
733 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
734 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die
735 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist
736 Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

737 **7.1. Was ist das Problem?**

738 Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der
739 Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die
740 westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die
741 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
742 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
743 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das
744 auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren
745 Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

746 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
747 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
748 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und

749 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
750 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
751 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen.

752 **7.2. Was will Attac?**

753 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
754 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
755 den Ländern des Globalen Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden
756 Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

757 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
758 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft
759 umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit
760 und dem Problem, die mit der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragen.

761 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
762 der Wirtschaft stehen.

763 **7.3. Wie erreichen wir das?**

764 ***Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik***

765 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
766 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
767 insgesamt.

768 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

769 **Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innen hoher**
770 **Einkommen und Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum**
771 **reduzieren, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.**

772 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
773 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
774 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
775 produziert werden soll.

776 Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und
777 vor allem reparierbar sein.

778 Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss **eingestellt** werden. In der
779 Nahrungsmittelproduktion ist eine **bedürfnisorientierte**, ökologische Landwirtschaft ohne
780 weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

781 ***Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.***

782 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent
783 erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen
784 im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt
785 werden.

786 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
787 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine

788 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbar zur Verfügung gestellt werden. Die
789 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

790 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

791 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an
792 vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

793 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
794 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa
795 Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

796 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
797 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf
798 Autos und für alle bezahlbar ist.

799 **8. Demokratie**

800 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und
801 Grundrechte, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen
802 Versprechen einer per Definition geltenden „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit
803 und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können,
804 bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede
805 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
806 Politische Bildung ist deshalb ein **zentrales Anliegen** von Attac.

807 **8.1. Was ist das Problem?**

808 Echte Demokratie sollte mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem
809 parlamentarischen System, **in dem** Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen
810 Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3
811 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es Länder, in denen nicht
812 einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

813 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
814 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen
815 unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber
816 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.
817 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn
818 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

819 Wenn Freihandelsverträge ~~unter dem Regime der WTO~~ über ihre Liberalisierungs- und
820 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch
821 schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den
822 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen, einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur
823 auf dem Papier.

824 Wachsender Autoritarismus, Rechtspopulismus, Überwachung, rechtsextreme Netzwerke,
825 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer
826 Fakten" (Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen dafür, dass
827 demokratische Strukturen nicht nur nicht vollständig realisiert sind, sondern, sofern vorhanden,
828 gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen. In die Bresche springen Politiker:innen der
829 extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich

830 demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.
831 Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und verteidigt werden
832 muss. Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleiche Wahlen gibt
833 und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine
834 Demokratie.

835 Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente
836 Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie
837 zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen
838 Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für
839 Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,
840 sie **mitzugestalten**, die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht alle den gleichen
841 Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die Frage, wer
842 tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und Bildung
843 spielen.

844 **8.2. Was will Attac?**

845 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
846 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkte Demokratie und demokratischer

847 Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut
848 werden müssen. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
849 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
850 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.

851 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
852 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. **Unser** Ziel muss es
853 sein, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

854 **8.3. Wie erreichen wir das?**

855 Instrumente wie Bürger:innen-Entscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für
856 alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

857 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
858 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
859 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
860 Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und
861 glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

862 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
863 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
864 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
865 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
866 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten
867 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
868 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

869 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue
870 Konzepte der Vergesellschaftung!

871 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

872 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
873 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
874 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres
875 Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine
876 andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei
877 Attac ein wichtiges Thema.

878 **9.1. Was ist das Problem?**

879 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
880 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
881 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
882 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
883 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
884 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
885 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in
886 untergeordneten Positionen.

887 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
888 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
889 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

890 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
891 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
892 Lieferketten ...). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess
893 jedoch oft nicht gehört.

894 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
895 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
896 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, **also der**
897 **Ermordung von weiblich gelesenen Personen**, als heftigste Form patriarchaler
898 Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um
899 die Demonstration von Macht geht.

900 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
901 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
902 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
903 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.“

904 **9.2. Was will Attac?**

905 FLINTA*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir
906 streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und
907 finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle
908 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen
909 teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

910 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
911 keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und
912 Herrschaft abzusichern.

913 **9.3. Wie erreichen wir das?**

914 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
915 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
916 sozial-ökologische Transformation.

917 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
918 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
919 Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
920 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen
921 und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

922 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
923 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die
924 Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
925 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
926 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das
927 diskriminierende „Transsexuellengesetz“ ablöst.

928 **Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter**
929 **aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung –**
930 **jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben - und eine erhebliche Aufstockung der**
931 **Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich.**

932 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
933 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
934 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
935 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
936 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
937 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
938 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch
939 immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

940 In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden
941 (z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit
942 zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den
943 feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine
944 befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für
945 eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

946

947 **Epilog**

948 **Eine andere Welt ist nötig und möglich**

949 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
950 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
951 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
952 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
953 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

955 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit
956 Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft
957 beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben.
958 Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt.
959 Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und
960 Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und
961 Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher
962 Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die
963 Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit
964 fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus
965 als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht.
966 Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter
967 verwirklicht.

968 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
969 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
970 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
971 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
972 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
973 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
974 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
975 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
976 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
977 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
978 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
979 schädlicher und unnützer Produkte.

980 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
981 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
982 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

983 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
984 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

985 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
986 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
987 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
988 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

989 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
990 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
991 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
992 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
993 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
994 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

995 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
996 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig

998 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
999 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

1000 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die
1001 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
1002 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
1003 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weiter
1004 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
1005 Naturzerstörung gestoppt.

1006 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
1007 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
1008 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
1009 durchgesetzt.

1010 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

1011

1012 *FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender
1013 Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten
1014 einzubeziehen.